

# Wahlprüfsteine für die Landtagswahl in Brandenburg 1. September 2019

---

1. Wie beurteilt Ihre Partei den *aktuellen Entwicklungsstand* der brandenburgischen Hochschulen, insbesondere hinsichtlich Studienplatzkapazität, Fächerspektrum, Forschungsstärke sowie regionaler Verteilung?

Die Hochschul- und Forschungslandschaft unseres Landes ist leistungsfähig. Brandenburg unterhält acht Hochschulen, an denen der akademische Nachwuchs, sowie qualifizierte Fachkräfte ausgebildet werden. Die Studienkapazität befindet sich auf einem ausreichenden Niveau, muss aber stets an besondere Bedarfe angepasst werden. Studienzahlen und Spitzenleistungen in der Forschung allein machen noch keine gute Hochschule. Mehr als bisher ist in eine gute Qualität der Lehre zu investieren. Deshalb treten wir für eine moderate aber stetige, vor allem planungssichere Erhöhung der Grundfinanzierung unserer Hochschulen ein, in der Erwartung, dass diese Mittel dem Ausbildungsziel zugutekommen, zu einem Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen führen und damit als Investition in Innovationsfähigkeit und soziokulturelle Standards direkt in die Gesellschaft zurückfließen. Ein Vergleich der Hochschulfinanzierung innerhalb der Bundesrepublik zeigt einerseits, dass es in Brandenburg noch deutliche Spielräume gibt. Andererseits sollten die Hochschulen ihre Spielräume gezielt und sozialverantwortlich nutzen.

Moderne Hochschul- und Forschungslandschaften sind durch die enge Vernetzung von akademischen Einrichtungen, Unternehmen und außeruniversitären Instituten gekennzeichnet. An dieser Struktur muss konsequent weitergearbeitet werden. Es sollte mehr Wert daraufgelegt werden, Forschungseinrichtungen in der Fläche des Landes besser zu verankern. Dezentralisierung ist das Stichwort. Entsprechende Förderprogramme werden unsere Unterstützung finden. Bei aller Konzentration auf die wirtschaftlich relevanten naturwissenschaftlichen Fächer dürfen die Sozialwissenschaften nicht vernachlässigt werden. Ihre Orientierungsfunktion ist in unserer sich rasant verändernden Welt von großer Bedeutung und muss gestärkt werden.

Der sozioökonomische und wirtschaftliche Strukturwandel Brandenburgs erfordert neue regionale Schwerpunktbildungen. Neben der Stärkung der ländlichen Regionen sehen wir gerade in der Lausitz Entwicklungspotenziale, bei gleichzeitiger Notwendigkeit der Stabilisierung der BTUCS.. Weitere Schwerpunkte des regionalen Hochschulausbaus befinden sich in Finsterwalde, in der Prignitz, in Schwedt und in Prenzlau. Die Medizinische Hochschule Brandenburg soll sich weiterentwickeln, um die Mediziner Ausbildung auf eine sichere Grundlage zu stellen. Dabei wollen wir eine finanzielle Unterstützung der Medizinischen Hochschule Brandenburg (MHB) ausschließlich auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen des BbgHg ermöglichen, um diese in eine staatliche Hochschule

überführen zu können. Wir werden weiter dafür Sorge tragen, dass die Mediziner Ausbildung auch einer Stärkung der ländlichen Räume zugutekommt.

## 2. Wo sehen Sie Reformbedarf in Bezug auf das *Brandenburgische Hochschulgesetz*?

Das Brandenburgische Hochschulgesetz ist 1991 in Kraft getreten, es wurde seitdem über zehn Mal novelliert, mit einigen Verbesserungen. Grundlegendes blieb allerdings bestehen. Dieses Gesetz regelt viele Verfahren sehr detailliert, hat aber soziale Modernisierungsimpulse nur zum Teil aufgenommen. Es ist bis heute ein Instrument zur Steuerung der Hochschulen im Sinne der in der Bundesrepublik seit vielen Jahrzehnten gültigen, hierarchischen Strukturen. Durch diese werden einige „Hochschulmitglieder“ bessergestellt. Das sind in der Regel Professoren, die nicht nur vorübergehend, also zeitlich befristet, an den Hochschulen tätig sind, sondern auf Dauer. Sie sind in den Hochschulgremien – zum Beispiel durch Quotierungen – privilegiert und können Drittmittel einwerben.

Die Bedürfnisse der Hochschulen haben sich allerdings geändert. Es gibt mehr Mobilität und internationale Kooperation. Viele befristet beschäftigte Angestellte verfügen über dieselbe Qualifikation wie die der „Hochschulmitglieder“. Doch ihre Mitwirkungsmöglichkeiten in den Gremien sind geringer, Drittmittelanträge dürfen sie allenfalls vorbereiten. Dies führt zu einem Zustand der Demotivierung dem abgeholfen werden kann. Hier sehen wir LINKEN Gesprächs- und Veränderungsbedarf, auch im Sinne der weiteren Demokratisierung der Hochschulen. DIE LINKE will Hochschulen als Orte gelebter Demokratie entwickeln. Neben den Studierenden wollen wir auch die Statusgruppen der wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter\*innen stärken, etwa durch die Einführung einer echten Viertelparität in den Gremien und die Rückverlagerung aller wesentlichen Entscheidungskompetenzen von den Hochschulleitungen auf die akademischen Selbstverwaltungsgremien. Hinzu kommt, dass das Brandenburgische Hochschulgesetz zum Teil unsinnigen bundesrechtlichen Vorgaben folgen muss. So sehen wir einen deutlichen Handlungsbedarf bei der Überarbeitung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.

Darüber hinaus will DIE LINKE die Immatrikulations- und Rückmeldegebühr abschaffen, plant eine Evaluation der 2014 erfolgten Novelle des BbgHg und möchte gesetzliche Mindeststandards für Duale Studiengänge verankern, um allen Studierenden bestmögliche Bedingungen für ihr Studium zu bieten. Dazu gehört die Festlegung auf ausbildungsintegrierte Studiengänge, die mit Studien- und Berufsabschluss enden, das Recht auf ein Teilzeitstudium und Urlaub sowie Vergütungsstandards. Den Einfluss der beteiligten Unternehmen auf die Studieninhalte wollen wir klar begrenzen.

## 3. Wie stellen Sie sich die künftige *Finanzierung* der Brandenburger Hochschullandschaft vor, um ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern und exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu gewinnen und halten?

Der Doppelhaushalt 2019/2020 hat gute Bedingungen für den inneren Ausbau der Hochschulen geschaffen. Es ist erkannt worden, dass die Lehrerbildung gestärkt und die Präsenz der Hochschulen in der Fläche des Landes verstärkt werden muss. Dem wurde Rechnung getragen. Die Untersetzung des Prinzips „guter Arbeit“ wird an den Hochschulen sehr unterschiedlich nachgekommen – hier sehen wir einen großen Handlungsbedarf. Es geht nicht vordergründig darum, „exzellente“ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu

gewinnen und zu halten, wie die Frage nahelegt, sondern vor allem, die innovativen Kräfte des sogenannten „Mittelbaus“ stärker zu fördern und wertzuschätzen. „Exzellenz“ bleibt häufig unscharf und im Einzelnen durchaus angreifbar. Unsere Hochschulen sollen keine „Durchlauferhitzer“ für Forscherpersönlichkeiten sein, die nach kurzer Zeit den Ruf von anderen Universitäten folgen oder in teure Nachverhandlungen einsteigen. Stattdessen sind jüngeren Wissenschaftlern wirkliche Lebensperspektiven zu eröffnen. Hierzu müssen unsachgemäße Befristungen abgebaut werden. Eine Lebens- und Familienplanung im Zweijahrestakt mit dem Damoklesschwert des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im Nacken ist unmöglich. Mitarbeiter sowie wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte müssen tariflich entlohnt werden, entsprechend der von ihnen tatsächlich geleisteten Arbeit. Auch Lehrbeauftragten und Privatdozenten darf eine Entlohnung nicht weiter vorenthalten werden. Bei Berufungsverfahren – gerade in den Sozialwissenschaften – ist auf die regionale Kompetenz der Wissenschaftler deutlich mehr Wert zu legen. Die Tatsache, dass kein einziger Lehrstuhl im kultur- und sozialwissenschaftlichen Bereich der Universität Potsdam „ostdeutsch“ besetzt ist, weist auf eine gesteuerte Fehlentwicklung hin, die korrigiert werden muss. Es gibt noch viel zu tun. DIE LINKE will daher die Erarbeitung eines Codex für „Gute Arbeit in der Wissenschaft“, nach dem Vorbild NRW's zum Beginn der Legislaturperiode auf den Weg bringen. Die neue Hochschulrahmenvereinbarung schafft Planungssicherheit bis 2023. Zur ihrer Umsetzung hat das Land knapp 1,8 Milliarden Euro bis Ende 2023 bereitgestellt.

4. Ein erheblicher Teil der so genannten Rücklagen der Hochschulen resultiert aus *Verzögerungen im Hochschulbau*. Was plant Ihre Partei, um die Realisierung von Hochschulbauvorhaben zu beschleunigen?

Für Bauvorhaben notwendige Planungs- und Genehmigungsverfahren sind in der Regel kompliziert und manchmal sogar blockierend. Damit wollen wir uns nicht abfinden. Um Bauprojekte durchzuführen, müssen Planer, Hochschulen, Land und Behörden besser zusammenwirken. Bestehende Verfahrensabläufe müssen entbürokratisiert werden.

5. Wie planen Sie die Hochschulen mit der zunehmenden Aufgabe bei der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung für die Region (*Third Mission*) zu unterstützen? Welche hochschulrelevanten Maßnahmen der Standortförderung (z.B. Infrastrukturmaßnahmen, Gründungsförderung) planen Sie?

Die brandenburgischen Hochschulen sind keine „Elfenbeintürme“, sondern Impulsgeber für Innovation, wirtschaftliche Entwicklung und Fachkräftesicherung. Es geht im Hochschulbereich nicht nur um Lehre und Forschung. Die Hochschulen strahlen in die Regionen aus und prägen deren soziokulturelles Klima. Von ihnen werden Vorträge, Diskussionen sowie Weiterbildungsangebote organisiert. Sie betreiben Wissenstransfers sowie Gründungsförderungen. Zahlreiche Angehörige der Hochschulen sind gesellschaftlich aktiv oder im Ehrenamt tätig. Diese Aktivitäten müssen unterstützt und wertgeschätzt werden.

6. Die Studienanfängerquote ist in Deutschland von 36,1% im Jahr 2001 auf 55,9% im Jahr 2018 gestiegen. Dies führt zu einer zunehmenden *Heterogenität der Studierendenschaft*. Welche Vorstellungen haben Sie vor diesem Hintergrund, um den Übergang von Schule zu Hochschule bzw. zwischen Beruf und Hochschule erfolgreich

Um die Vorbereitung der Jugendlichen auf ihre Ausbildung, ein Studium oder den Berufsweg zu verbessern, muss das Zusammenwirken von Schulen, beruflichen Ausbildungseinrichtungen, Kammern und Hochschulen verbessert werden. Die von den LINKEN favorisierten Schulzentren könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass Unterschiede in den Bildungssystemen der Bundesländer verschwinden und Schulabschlüsse vergleichbar werden. Als LINKE stehen wir jedoch verpflichtenden studienvorbereitenden Maßnahmen, die Zulassungsvoraussetzung sind, kritisch gegenüber. Zum einen, weil die Studienbewerber\_innen damit vor Zulassung an den potentiellen Studienort ziehen müssen und zum anderen, weil diese Phase nicht Bafög-förderfähig ist. Wir präferieren daher das Konzept des Studium Generale.

7. Welche Konzepte haben Sie, um die *soziale Situation der Studierenden* (sinkender Anteil der BAföG-Förderquote, Wohnungsmangel, zu wenige Mensaplätze etc.) zu verbessern und so auch Studierenden aus Nicht-Akademikerhaushalten ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen?

Die Beibehaltung und deutliche Stärkung des BAföG-Systems ist seit jeher ein wichtiger Pfeiler LINKER Bildungspolitik. Wir wollen verhindern, dass Studierende, die von ihren Eltern nicht unterstützt werden können, gezwungen sind, neben dem Studium zu arbeiten. Dadurch werden der Studienerfolg und die Einhaltung eines vernünftigen zeitlichen Rahmens gefährdet. Das BAföG stellt ein wichtiges Instrument dar, soziale Ungleichheiten auszugleichen und Bildungschancen für Jugendliche zu verbessern. Bildung darf nie vom Einkommen der Eltern abhängen! Änderungen hierzu müssen allerdings auf Bundesebene angestoßen werden. Wir erkennen an, dass die Gesetzesnovelle zum BAföG, die zum 1. August 2019 in Kraft treten soll, kleinere Verbesserungen zur Förderung der Wohnsituation, bei den Bedarfssätzen und Einkommensfreibeträgen sowie den Zuschlägen zur Kranken- und Pflegeversicherung bringen. Das reicht jedoch nicht aus, um die Situation der Studierenden insgesamt zu entspannen. Kritisch sehen wir insbesondere die ungenügende Anpassung an die reale Preisentwicklung, sowie die Wohnpauschale, die de facto dazu führen wird, dass es eine soziale Frage ist, wer in welcher deutschen Stadt studieren kann. Wir werden uns daher weiterhin dafür einsetzen, dass endlich eine grundlegende Bafög-Novelle kommt.

Aus unserer Sicht muss das Land Brandenburg mehr in die Schaffung von Wohnheimplätzen investieren. Die zurzeit angestrebte Versorgungsquote von 20 Prozent halten wir für nicht ausreichend. Den Studentenwerken müssen die dafür nötigen Finanzmittel planungssicher zur Verfügung gestellt werden, dies möglichst schnell und unbürokratisch. Der Nachtragshaushalt 2018 hat bereits zu einer leichten Verbesserung des

Angebots studentischen Wohnens geführt, gerade in Potsdam, Frankfurt (Oder) und Wildau. Auch die Mensakapazitäten müssen dringend ausgebaut werden, insbesondere an der Universität Potsdam.

Neben Wohnraumbedarfen und der finanziellen Absicherung von Studierenden gibt es eine ganze Reihe weiterer Faktoren, die einen erfolgreichen Studienabschluss unterstützen können. Wir setzen dabei insbesondere auf die gute Betreuung der Studierenden durch die Dozierenden. Aber auch die Beratungsangebote werden immer wichtiger und müssen abgesichert sein. Angebote von den Hochschulen, den Studentenwerken und den Studierendenvertretungen können sich dabei sehr sinnvoll ergänzen.

8. Soll der erste berufsqualifizierende Abschluss gebührenfrei bleiben? Welche Vorstellungen haben Sie zur Stärkung der *Weiterbildung* an staatlichen Hochschulen? Soll Weiterbildung durchweg gebührenpflichtig sein?

Studiengebühren lehnen die LINKEN prinzipiell ab. In unserer heutigen Gesellschaft und modernen Arbeitswelt ist lebenslanges Lernen eine Notwendigkeit. Bildung muss für den Einzelnen kostenfrei sein. Bildung, Weiterbildung, Beruf und Familie müssen miteinander verzahnt und ausbalanciert werden.

9. Brandenburg als internationaler Hotspot: Mit welchen Mitteln fördern Sie die Hochschulen auf ihrem Weg zur *Internationalisierung*? Welche Vorstellungen hat Ihre Partei zur Stärkung der Willkommenskultur?

Ein hoher Grad der Internationalisierung in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Lehre entscheidet zunehmend über Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit und damit über wirtschaftlichen und sozialen Erfolg. Brandenburg ist allein durch seine geographische Lage auf internationale Zusammenarbeit und Kooperationen angewiesen. Deshalb werden wir Forschungseinrichtungen bei bilateralen und internationalen Kooperationsvorhaben unterstützen. Die kann durch Stipendien und personellen Austausch geschehen. Gleichzeitig wollen wir einen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis der Kulturen auf europäischer und globaler Ebene leisten.

10. Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei als wichtig an, um die nationale Strategie für Künstliche Intelligenz der Bundesregierung für Brandenburg auszulegen?

Neben der umfassenden Digitalisierung stellt gerade die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz eine wesentliche ethische und technologische Herausforderung dar. Diese muss in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs problematisiert werden. Die Folgen des Prozesses müssen bedacht, alle Risiken und Vorteile abgewogen werden. Hierzu benötigen wir neben technischer auch sozialwissenschaftliche Kompetenz. Die nationale Strategie sieht vor, Deutschland zu einem führenden Standort für Künstliche Intelligenz (KI) zu machen, wofür

bis 2025 drei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Wir begrüßen es, dass gerade Ostdeutschland von den neu zu errichtenden KI-Zukunftszentren profitieren soll.